

Hamburger Utsichten

Info der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg



Eine andere Zeitenwende für eine lebenswerte Zukunft ohne Krieg und Armut

Eine Zeitenwende zu einer Welt, in der sich Staaten mit Respekt begegnen und sich gegenseitig Sicherheitsgarantien geben. Eine Zeitenwende, in der die Nato aufgelöst, die Bundeswehr dem THW untergeordnet und die UN reformiert ist. Eine Zeitenwende, in der es ein funktionierendes weltumspannendes Rechtssystem gibt, in der Sanktionen gegen Staaten durch andere nicht mehr möglich sind. Armut ist abgeschafft, jede und jeder lebt in bezahlbarem Wohnraum und hat genug zu essen. Es gibt keinen Mangel an Ärzten und Pflegekräften. Jedes Kind hat einen Kitaplatz und macht einen Schulabschluss. Ausbildungs- u. Studienplätze sind für alle da. Gegen die uns massiv bedrohenden Umweltkatastrophen werden endlich Maßnahmen ergriffen. Menschen aus Gebieten, die bereits nicht mehr bewohnbar sind, werden dort freundlich aufgenommen, wo sie leben möchten. Internationale Solidarität muss nicht mehr gefordert werden, sie wird gelebt.

Wenn mit der gleichen politischen und medialen Kraft und den Geldmitteln, mit dem wir aktuell kriegstüchtig gemacht werden, das eben Beschriebene betrieben würde, dann hätten wir eine Zukunft, für die es sich lohnt sich einzusetzen.

Leider ist es nicht so! Wir müssen also aufwachen, uns zusammenschließen und den Kriegstreibern, Profiteuren und Katastrophenignoranten in den Arm fallen. Wenn wir das nicht tun, werden wir dafür nicht nur mit Geld bezahlen. Denn wohin der Zug rollt, ist nicht mehr zu übersehen.

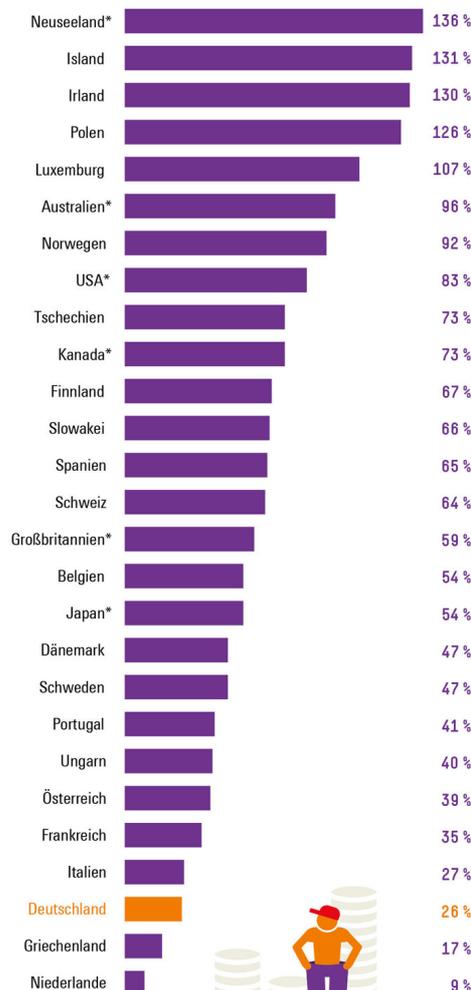
Die Reste des Sozialstaats werden aktuell für Aufrüstung und Stellvertreterkrieg dran gegeben. Dazu werden nicht vorhandene Bedrohungslagen herbei fabuliert, Ängste geschürt, Mauern gebaut und falsche Freundschaften gepflegt.

Dabei wird das Geld munter von unten nach oben verteilt. Der militärisch-industrielle Komplex (z.B. Rheinmetall) wird mit Milliardensummen subventioniert.

Deutschland wurde jüngst vom Europarat gerügt. Das hohe Maß an Armut und sozialer Benachteiligung steht in keinem Verhältnis zum Reichtum dieses Landes.

Deutsche Sozialausgaben wachsen moderat

So haben sich die öffentlichen Sozialausgaben zwischen 2002 und 2022 real entwickelt in ...



* zwischen 2000 und 2019; Quelle: IMK 2024



Unter den 27 Industriestaaten der OECD liegt Deutschland beim Zuwachs der Sozialausgaben in den letzten 20 Jahren mit 26% auf dem drittletzten Platz. Weit vorn rangieren Neuseeland, Island und Irland mit jeweils über 130%. Es bedarf großer Anstrengung das zu ändern, so das Fazit des Europarats.

Das ist auch in Hamburg sichtbar: mehr Obdachlosigkeit und deutlich mehr Nachfrage bei den Tafeln. Für die Bekämpfung der viel zu hohen Kinderarmut - 3 Mio. Kinder leben in armen Familien - braucht es dringend eine Erhöhung der Kindergrundsicherung und den ungehinderten Zugang dazu. Eltern brauchen existenzsichernde Löhne.

Doch statt gegen diese eklatanten Missstände anzugehen, setzt die Bundesregierung ihre Prioritäten anders. Kriegstüchtig sollen wir werden und das ist teuer. 2024 wurde der Kriegshaushalt mit nahezu 86 Mrd. € in bisher unerreichte Höhen katapultiert.

Weiter auf Seite 2

Hans Bökler
Stiftung

Liebe Leserin, lieber Leser!

Hunderttausende auf den Straßen gegen die AfD - wer hätte das noch vor wenigen Monaten gedacht? Wir sind dabei und freuen uns sehr, dass immer mehr Menschen gegen diese völkisch-nationalistische Partei aufstehen.

Irritierend ist jedoch, dass sich Vertreter der regierenden Parteien an der Spitze der Demonstrationen und auf den Redtribünen befanden. Was ist mit Olaf Scholz' „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“? Was ist mit der ständigen Verschärfung der Asylgesetzgebung, mit der Einschränkung der Meinungsfreiheit, mit der Militarisierung der ganzen Gesellschaft? Die Ampelregierung ist selbst eine Rechtsregierung, wenn auch keine rechtsradikale. Im Schatten der Proteste gegen die AfD soll wohl nicht mehr über ihre unsoziale Politik, die Kriegs- und Sanktionspolitik und die Abwälzung der Kosten auf die

Arbeiter, Angestellten, Handwerker und Bauern diskutiert werden.

Den Protest gegen rechts unterstützen: Ja! Aber auch über die Scheinheiligkeit der Regierungsvertreter reden und ihnen Widerstand entgegensetzen! Das ist wichtig!

Gut fand ich ein Transparent, das bei der letzten Demonstration in Bergedorf gegen die AfD gezeigt wurde: **„Die AfD sorgt für die Hetze – Die Regierung macht daraus Gesetze“**.



Die Ampelregierung, die sich von der „Opposition“ der CDU/CSU kaum unterscheidet, braucht Widerstand.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass der Protest gegen die Kriegs- und Sanktionspolitik und die damit verbundene unsoziale Gesellschafts- und Finanzpolitik stärker wird – am 1. Mai, bei den Tarifeinsetzungen und bei den Aktionen der Friedensbewegung.

Fortsetzung von Seite 1

In allen anderen Bereichen wird gekürzt: Beim Bundeszuschuss zur Rentenversicherung, beim Gesundheitsetat, beim Bürgergeld, beim Wohngeld.

Die Bundesregierung meint auch, dass es deutlich weniger humanitäre Hilfen, zivile Friedensarbeit und entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Welt braucht. Auch hier wird gekürzt.

In Hamburg sind die Streichungspläne mehr als konkret. Das Jobcenter plant einen weitreichenden Kahlschlag im Bereich sozialer Arbeitsmarkt. 30 Arbeitsprojekte, vom Sozialkaufhaus bis zum Stadtteilcafé - verteilt über die ganze Stadt - sind schon geschlossen oder stehen kurz vor dem Aus. Für 800 Langzeiterwerbslose bedeutet dies nicht nur, dass sie eine Arbeit verlieren, die für sie Sinn macht, sondern auch die Chance auf Tagesstruktur und Mut für den Schritt Richtung Erster Arbeitsmarkt.

Das Klimageld ist immer noch nicht auf dem Weg. Bei uns liegen die überbordenden Heizkostennachzahlungen auf dem Tisch. Nun ist auch noch die Mehrwertsteuer auf fossile Energieträger wieder auf 19% angehoben und die CO₂-Steuer wird laufend erhöht. Und was die Bundesregierung für die kommenden Jahre ins Visier nimmt, lässt Böses erahnen.

Es nützt aber nichts, nur gegen Kürzungen im Sozialbereich und der öffentlichen Infrastruktur aufzutreten. Sie sind unmittelbar mit der Rüstungs- und Sanktionspolitik der Regierung verbunden.

Deshalb muss sich der Protest, wenn er wirken soll, zugleich gegen die Hochrüstung und die Sanktionen richten, die in ihrer Wirkung auf uns zurückfallen. Jeder Euro kann schließlich nur einmal ausgegeben werden. Deshalb:

Gegen Hochrüstung, Sanktionen und Waffenexport Für Heizung, Brot und Frieden

(siehe auch Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!“ auf der letzten Seite)



Interview mit Malte Klingforth, Kandidat auf der Liste der DKP zur EU-Wahl 2024



Weshalb hast Du Dich entschlossen, für die EU-Wahl zu kandidieren?

Malte: Es ist mir ein großes Anliegen, die DKP als Alternative zu den herrschenden Parteien und deren sozialfeindlicher Politik bekannter zu machen. Und es freut mich, dass ein paar Gewerkschafter zu mir sagten, als sie von meiner Kandidatur gehört hatten: „Dann habe ich ja tatsächlich mal wieder einen Grund, die DKP zu wählen.“

Welche politische Forderung hältst Du aktuell für die wichtigste?

Malte: Meiner Meinung nach ist die wichtigste Forderung, dass die aktuell stattfindenden Kriege beendet und umgehend Friedensverhandlungen begonnen werden. Krieg kann und darf niemals eine Lösung von Konflikten sein!

Auch in den Gewerkschaften gibt es sehr intensive Diskussionen darüber, wie z.B. der Ukraine-Krieg zu bewerten ist und welche Wege zum Frieden führen können. Dabei ist die Grundhaltung aller Beteiligten eigentlich immer eine Friedensposition. Diese Diskussion konstant weiterzuführen, halte ich für dringend notwendig, weswegen ich auch gerne den Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“ unterzeichnet habe!



Als aktiver Gewerkschafter und Betriebsrat im Gesamthafenbetrieb kämpfst Du engagiert für die Interessen der Belegschaft. Konntest Du zusammen mit Deinen Kolleginnen und Kollegen konkrete Verbesserungen durchsetzen?

Malte: 2022 hatten wir den ersten Streik im Hafen seit 44 Jahren und haben damit einen guten Tarifabschluss durchgesetzt. Dies war Ergebnis einer jahrelangen Auseinandersetzung in unserer Gewerkschaft Ver.di, keine Illusionen über die Sozialpartnerschaft zu verbreiten, sondern stattdessen die Gewerkschaft wieder als Kampforganisation der Arbeiterklasse zu begreifen und entsprechend verstärkt wieder Arbeitskämpfe zu führen. Dieser Streik hat bei vielen Kolleginnen und Kollegen das Bewusstsein über die eigene Kampfkraft gestärkt.



Wodurch ist die Situation im Gesamthafenbetrieb derzeit maßgeblich geprägt?

Malte: Durch die fortschreitende Automatisierung bei der HHLA werden womöglich zukünftig beim Gesamthafenbetrieb ca. 200 Arbeitskräfte weniger abgefordert werden. Bei knapp 1.000 Beschäftigten stellt dies eine große Herausforderung für den Betriebsrat und die Gewerkschaft dar. Der Gesamthafenbetrieb ist als Instrument zur Stabilisierung der Tarife dringend zu erhalten, gleichzeitig können wir natürlich auch keine Einschnitte bei der Belegschaft wollen.

Wie ist Deine Position zu dem geplanten Verkauf der HHLA?

Malte: Unsere Grundposition als Gewerkschaft ist von Anfang an gewesen, dass eine weitergehende Privatisierung nicht im Interesse der Kolleginnen und Kollegen sowie vor allem der Stadt und daher klar abzulehnen ist. Stattdessen ist die HHLA wieder komplett in öffentliche Hand zu holen.

Lieber Malte, herzlichen Dank für das Gespräch!

Zur Person:

Malte Klingforth ist u.a. Betriebsratsmitglied im Gesamthafenbetrieb, Mitglied des Landesbezirksvorstands von Ver.di und Vorsitzender des Ver.di-Fachvorstands Maritime Wirtschaft in Hamburg.

Du willst wissen was wir Kommunisten schreiben und sagen?



Abonnier' uns!






unsere-zeit.de

Deutsche Kommunistische Partei

Hamburg auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit

Kriegsminister Pistorius verlangt von der Bundeswehr und der gesamten Zivilgesellschaft „Kriegstüchtigkeit“. Die Milliardenausgaben für das Militär gehen immer mehr zu Lasten der Ausgaben für Soziales, Bildung und für die öffentliche Dattende Kriegsdienst wieder aus der Motenkiste geholt werden. Überall Bundeswehr-Werbung und Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger (FDP) verdonnert Schulen zur Kooperation mit dem Militär. Auch Zivilklauseln an Hochschulen sollen verboten werden. Mit dem Freiwilligendienst »Dein Jahr für Deutschland« können junge Menschen ab 17 Jahre (!) an der Waffe ausgebildet werden. Insbesondere soll aber „Kriegstüchtigkeit“ in einem nie dagewesenen Maße durch einen immer weiter forcierten Ausbau der zivilmilitärischen Zusammenarbeit erreicht werden.



Krieg beginnt vor unserer Haustür - Krieg ist nicht weit weg - Er beginnt in unser aller Alltag mit dem Aufbau von Heimatschutzkompanien in Hamburg

Wenn es um Kriegstüchtigkeit geht, ist Hamburg ganz vorne dabei: Neben dem Bundeswehrkrankenhaus, der Helmut Schmidt Universität und der Führungsakademie ist in unserer Stadt die zivilmilitärische Zusammenarbeit besonders weit fortgeschritten: Über das Landeskommando Hamburg im Stadtteil Iserbrook erfolgt die immer weitere Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche u.a. durch enge Kooperationen mit Krankenhäusern und mit Behörden und Dienststellen des Öffentlichen

Dienstes.

Besonders hervorzuheben ist der Aufbau von 3 Heimatschutzkompanien bis zum Jahresende. Laut dem Kommandeur des Landeskommandos engagieren sich in Hamburg immer mehr Menschen als Re-

servist*in oder „ungediente“ Freiwillige bei diesen Heimatschutzkräften. Diese Reservist*innen werden im Landeskommando von einem Stab aktiver Soldaten ausgebildet und geführt. In den kommenden Monaten sollen sie sich auch in enger Zusammenarbeit mit "Blaulichtorganisationen" wie u.a. Polizei, Feuerwehr, THW und DRK an Nato-Übungen und dem Schutz „kritischer Infrastruktur“ wie z.B. dem Hafen beteiligen.

Bei dem diesjährigen Neujahrsempfang der Bundeswehr in der Führungsakademie bedankte sich Bürgermeister Peter Tschentscher für die gute zivilmilitärische Zusammenarbeit in der Hansestadt. Er lobte das gemeinsame Wirken von Militär und Stadt für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dies ist nichts anderes als reine Augenwischerei: Letztendlich sind militärische Heimatschutz- und Freiwilligenverbände immer auch ein Anziehungspunkt für Nazis, AFD Mitglieder und andere Rechtsextreme! Darüber hinaus geht es um den Aufbau einer militärischen Reserve und um den grundgesetzwidrigen Einsatz der Bundeswehr im Innern!

Wir Kommunist*innen fordern Euch auf: Sagt Nein zu Heimatschutzkompanien und zur zivilmilitärischen Zusammenarbeit!

Wer ist hier rechtsoffen?

Hunderttausende haben in diesem Winter und Frühling immer wieder gegen Rechts demonstriert. Ein ermutigendes Zeichen - endlich. Endlich stehen die Menschen in diesem Land auf, gemeinsam gegen rassistische Hetze, gegen faschistische Gewalt und Unterdrückung, gegen Kriegstreiberei, gegen Sozialraub, gegen ... Oder? Oder fehlt da was? Die Rechtsentwicklung in diesem Land nimmt auch nach all diesen Demos weiter bedrohliche Züge an. Und dazu gehört nicht zuletzt auch die Regierungspolitik, die uns auf „kriegstüchtig“ trimmen will. Die Menschen aus diesem

Land „endlich im großen Stil abschieben“ will. Die „Leistung muss sich wieder lohnen“ ruft, für die Macht der Unternehmer über ihre Untergebenen. Die oft genug die pure Angst vor der AfD regieren lässt - was fast genauso wirkt, als regiere die AfD selbst. Denn all das nicht bloß in Worten, sondern auch in Taten.

Demos gegen Rechts müssten sich also auch gegen Scholz, Habeck, Baerbock, Lindner, Pistorius, Faeser und Co. richten. Doch die liefen mitunter ja selbst mit, scheinen die Bewegung sogar für sich selbst vereinnahmen zu können. Umso erfolgreicher, je mehr die wirklich fortschrittlichen Kräfte aus der vermeintlichen

linken Mitte heraus gespalten werden. Wer konsequent für Frieden eintritt, für die Befreiung der Arbeiterklasse oder für Solidarität mit unterdrückten und geschundenen Völkern wie in Palästina, wird als „rechtsoffen“ geschmäht. Und das verfängt sogar bei vielen, bloß weil es auch Rechte gibt, die diese Themen nutzen, um das Volk zu verhetzen.

Es ist gut, dass so viele Anhänger der Regierungsparteien bis in bürgerliche Kreise auch nicht in einem faschistischen Deutschland leben wollen. Im Ernstfall bräuchten wir dringend dieses Bündnis. Noch dringender bräuchten wir derzeit allerdings Zusammenhalt gegen die mächtige, schleichende Gefahr von Rechts.

Kriegsvorbereitung an Schulen

Die Bevölkerung wird systematisch auf den Kriegskurs der Bundesregierung getrimmt. FDP-Bildungsministerin Stark-Watzinger nimmt nun die Schulen ins Visier. Sie plädiert für Zivilschutzübungen und ein „unverkrafftetes Verhältnis zur Bundeswehr“. Jugendoffiziere sollen noch häufiger in die Schulen kommen und berichten, „was die Bundeswehr für unsere Sicherheit tut“.

An die Stelle von Brandschutzübungen rücken dann möglicherweise Panzerfahrten und Kurse „Wie überlebe ich einen Raketenangriff?“.



Die Ängste und Sorgen von Kindern und Jugendlichen werden so nur vorangetrieben und ausgenutzt. Heute ist es schwierig, eine Ausbildung zu finden, mit der

man unabhängig von seiner Familie leben kann und die man auch gerne macht. In dieser Lage ködert die Bundeswehr Jugendliche mit „guten Karrierechancen“. Jugendliche werden so als Kanonenfutter für die Interessen der deutschen Monopole verfeuert.

Das Ganze dient dazu, Krieg und Militarismus zu legitimieren. Schulen, die mal als Orte des Lernens und der Entwicklung gedacht waren,

werden zu Schlachtfeldern der Propaganda. Indem Kinder und Jugendliche in die Kriegsvorbereitung einbezogen werden, wird die Illusion einer gerechten und notwendigen Verteidigung geschaffen. Die tatsächlichen Ursachen von Konflikten und Kriegen, wie imperialistische Aggression und die Ausbeutung von Ressourcen, werden verschleiert. Statt den Fokus auf Bildung und friedliche Konfliktlösungen zu legen, werden wirtschaftliche Interessen über den Schutz und das Wohlergehen der Bevölkerung gestellt.

Es ist höchste Zeit, dass wir dem gefährlichen Kurs der Militarisierung des Bildungswesens etwas entgegenzusetzen. Es gilt sowohl den Angriff auf die Zivilschutzklausel an Hochschulen abzuwehren, wie auch der Öffnung von Schulen für die Bundeswehr und ihre Jugendoffiziere entgegenzutreten.

Kriegstreiberin und stolz darauf

„Oma Courage“ plakatiert die FDP im Europawahlkampf zum Gesicht ihrer Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Courage, das bedeutet Mut. Strack-Zimmermann hat sich bisher vor allem mit besonders aggressiven Rufen hervorgetan, mehr Waffen in den Ukrainekrieg zu schicken.



Foto© shutterstock_2254025237

Mutig war das eher nicht. Wenn die FDP-Politikerin mächtige Gegner haben sollte, dann verstecken die sich gut. Meist bekommt die Frau nach einer Weile, was sie will - weil irgendwann auch der angebliche Friedenskanzler Scholz dasselbe will wie die Frau aus Düsseldorf. Nur weiß sie das eben schon früher als er, in ihrem Wahlkreis sitzt ja auch der Rüstungskonzern Rheinmetall.

Interessant ist das Plakat aber vor allem, weil es offensichtlich an das Theaterstück „Mutter Courage und ihre Kinder“ von Bertolt Brecht erinnern soll, nur eben völlig verdreht. Brecht wollte mit seinem Stück das Volk davor warnen, dass es im Gegensatz zu den Herrschenden im Krieg nur verlieren kann. Das gilt auch für die Figur der „Mutter Courage“, die aber voller Widersprüche erscheint: Mutig zieht

sie immer dem Kriegstreiben hinterher, versucht davon zu profitieren. „Der Krieg ist nix als die Geschäfte“, gibt sie zum besten. Oder, dass sie sich diesen Krieg nicht kaputt machen lasse. Allerdings verliert Mutter Courage durch ihre Geschäfte mit dem Krieg auch ihre drei Kinder. Am Ende ist sie selbst, trotz ihres scheinbar selbstbewussten, frechen Auftretens, ein Opfer des Kriegs.

Entweder wussten die Kampagnenmacher der Liberalen nichts von diesem Hintergrund, oder sie schämen sich für gar nichts mehr. Dann lässt sich das so deuten: Marie-Agnes Strack-Zimmermann als die Frau, die alles und jeden für den großen Waffengang verkaufen würde.

Rendite schlägt Umweltschutz



Die Menschheit ist aus der Natur entstanden und ist weiter ein Teil der Natur. Sie bezieht ständig durch die Produktion von Gebrauchsgütern ihre Lebensgrundlagen aus dem Stoffwechsel mit der Natur. Im Kapitalismus sind diese Gebrauchsgüter aber gleichzeitig Waren, besitzen zusätzlich eine gesellschaftliche Eigenschaft, den Wert. Seine Vermehrung durch die Ausbeutung der in der Produktion beschäftigten ArbeiterInnen, das ist aus kapitalistischer Sicht das Ziel der Produktion.

Gleichzeitig wird durch die Konkurrenz der Kapitale untereinander auch ein ständig sinkender Verkaufswert der Produkte, ihr Preis, erzwungen. Dies wird durch Produktivitätssteigerung – also die Verminderung des Arbeitsaufwands pro Produkt zum Beispiel durch den Einsatz von Maschinen - und Kostenreduzierung erreicht. Zu den Kosten gehören auch alle Ausgaben zum Schutz der Natur wie zum Beispiel die Vermeidung von Raubbau an der Natur, Einsatz umweltfreundlicher Verfahren, geschlossene Kreisläufe, Vermeidung von Abprodukten, Entsorgung verbrauchter Produkte, die nicht unmittelbar für eine günstige Produktion unerlässlich sind.

Werden diese Kosten vermieden, um die Gewinne zu erhöhen, führt das notwendigerweise zu Umweltschäden, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Rendite schlägt den Umweltschutz.

Schon die industrielle Revolution des 19. Jh. kannte das Umweltproblem. Schon damals gab es auch Versuche, diese durch staatliche Regelungen zu begrenzen. Aber unser Staat ist letztendlich ein Staat des Kapitals, er kann nicht die Profitinteressen des Kapitals dauerhaft verletzen. Bei allen Umweltbemühungen, ebenso wie bei allen Bemühungen um die Gesundheit der ArbeiterInnen muss der Staat deshalb das Motto des Kapitals berücksichtigen: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“

Durch die zunehmende Vergesellschaftung der Arbeit, durch die neuen Möglichkeiten der Wissenschaftlich-Technischen Revolution seit dem 2. Weltkrieg, nahmen die Umweltprobleme stark zu. Die Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Staaten zwang den Kapitalismus noch, sich mit „weißer Weste“ zu präsentieren. Im Rahmen der neokolonialen Verhältnisse, der Unterdrückung asiatischer, afri-

kanischer und lateinamerikanischer Länder durch den Westen, wurde zunächst versucht, das Umweltproblem zu „exportieren“. Der Raubbau an Natur und der Gesundheit der ArbeiterInnen fand dann in der sogenannten 3. Welt statt, in die wir auch zunehmend unsere Müllberge verschoben.

Durch den Wegfall der Systemkonkurrenz seit 1990 kann sich der Kapitalismus nun aber wieder nach seinen eigenen Gesetzen ungehindert entfalten. Damit wächst durch die Konkurrenz der Firmen bzw. Länder untereinander der Druck auf die Kapitalverwertung. Die wenigen freiwilligen Vereinbarungen zu Umweltzielen bleiben wirkungslos, wenn sie mit den Profitinteressen kollidieren. Das Umweltproblem wurde deshalb schnell zu einem ernsthaften globalen Problem, das unsere aller Lebensgrundlagen weltweit untergräbt:

- Abwässer und Abfälle fallen wegen fehlender geschlossener Kreisläufe bei wachsender Produktion in immer größeren Mengen an. Jährlich sind es mehr als 1000 Milliarden Tonnen. Sie verschmutzen die Meere, Flüsse, Grundwasser, Böden und Luft.
- Die Verbrennung fossiler Brennstoffe verursacht weltweite Klimaveränderungen.
- Die industrielle Landwirtschaft mit ihrem Chemieeinsatz zerstört unsere Nahrungsgrundlagen, vergiftet die Umwelt und trägt zusammen mit dem Raubbau an den natürlichen Ressourcen zum Massenaussterben von Tier- und Pflanzenarten bei.



Die zunehmenden Versuche der USA, ihre Hegemonie durch Kriege gegen politisch unabhängige Länder zu verewigen, spitzen das Problem weiter zu: brennende Ölfelder im Irak, Einsatz von Uranmunition im Krieg gegen Jugoslawien, die Zerstörung der Umwelt als Mittel der Kriegsführung.



Krieg vor Wirtschaft vor Umwelt

Umweltschädliches Fracking soll in Deutschland durch die Hintertür kommen

Durch die politische Frontstellung der NATO gegen die Russische Föderation, die jetzt im Ukraine-Krieg gipfelt, gerät die Umweltpolitik bei uns gänzlich in den Hintergrund. Um den politischen Boykott russischen Erdgas in Europa durchzusetzen, werden LNG Terminals gebaut, werden Kohlekraftwerke wieder aktiviert und setzen Frankreich und Großbritannien wieder auf die Kernenergie. Um massiv aufzurüsten, werden Gelder von sozialen und Umweltzielen abgezogen.

Die Auseinandersetzung darum wird die nächsten Jahre dominieren. In Deutschland findet gerade eine politische und ideologische Auseinandersetzung darüber statt, ob die Friedensbewegung diesen Prozess aktiv unterstützt, oder ob sie sich - wie die SPD, die Grünen und leider auch Die Linke - der Logik des Machterhalts des Westens unterwirft.

Die Umweltfrage ist also engstens mit dem Kapitalismus als Wirtschaftssystem und den Versuchen der Machtsicherung der herrschenden imperialistischen Länder des Westens verbunden.

Um in der Frage weiterzukommen, müsste in einem ersten Schritt erreicht werden, dass der ungehinderte Einsatz von Mitteln zum Erhalt der westlichen Vormachtstellung (die sogenannte „regelbasierte Ordnung“) abgelöst wird durch einen Zustand, in dem die Einhaltung allgemein anerkannter Gesetze, wie der UN Charta, durch den Konsens der internationalen Staatengemeinschaft auch im Konfliktfall erzwungen wird. Für diesen Prozess stehen die Bemühungen z.B. der BRICS Länder. Insbesondere China setzt auf konstruktive und gemeinsame Lösungen der globalen Probleme und ist auch selber Vorreiter, was z.B. den Einsatz von regenerativen Energien angeht.

Auch die Umweltbewegung muss sich in dieser Frage positionieren.

Doch selbst, wenn dieser absolut unverzichtbare Prozess erfolgreich endet, haben wir es immer noch weltweit mit dem Kapitalismus als Wirtschaftssystem zu tun. An sich bietet die Wissenschaftlich-Technische Revolution auch die Möglichkeit, die Umwelt zu schützen. Eine dadurch mögliche grundsätzliche Lösung des Umweltproblems - zum Beispiel im Sinne geschlossener Kreisläufe - ist aber nur durch Überwindung der Notwendigkeit privater Kapitalverwertung, nur durch planmäßige gemeinschaftliche Arbeit mit vergesellschafteten Produktionsmitteln möglich. Dies ist aber nur erreichbar im Klassenkampf für ein anderes Wirtschaftssystem, für eine grundlegend andere Gesellschaft.

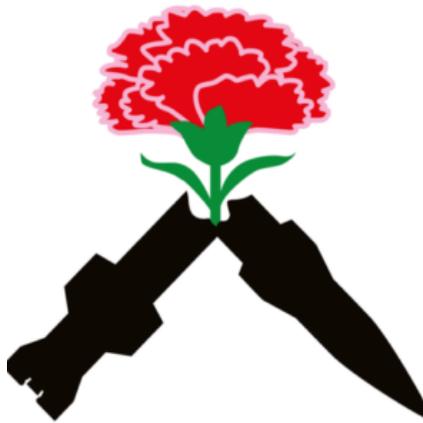


Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Aufrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!



Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!

Hier den Aufruf unterstützen: <https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>



#UnblockCuba Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden!  **Informiere Dich! Werde aktiv!** www.unblock-cuba.org

... lesen Sie mal rot!



www.unsere-zeit.de

unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

 **Sagen, was ist!**
UZ-Kampagne: 1.000 neue Abos werben

Mit einem Probe-Abo kann man die **UZ 6 Wochen lang kostenlos testen**. Erreichen kann man uns zu den normalen Geschäftszeiten über die Telefonnummer: 0201/17788930. Ansonsten kann man uns auch gerne eine Mail an kampagne@unsere-zeit.de schreiben.

